

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller, JA! / Hasim Sankar, GB): Überprüfung des Polizeieinsatzes vom 19.01.2008 auf Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit gefordert Intervention der PdA Bern an der Stadtratssitzung vom 21.2.08

Am 24. Januar hat sich eine komfortable Mehrheit des Berner Stadtrats dagegen ausgesprochen, die Vorkommnisse rund um die Demonstration vom 19.1.08 zu diskutieren. Die 38 Diskussions-Unwilligen aus fast allen Fraktionen haben damit klar gemacht, dass sie die Vorgehensweise des Gemeinderats und die polizeilichen Ausschreitungen unterstützen, billigend in Kauf nehmen – oder dass ihnen dazu einfach nichts in den Sinn kam. Für sie mögen es Randnotizen zur politischen Trendwende sein – für die PdA Bern geht es hier jedoch um Kernbereiche der politischen Rechte, die nicht verhandelbar sind.

Die PdA Bern unterstützt alle Bestrebungen innerhalb und ausserhalb des Stadtrats, die repressiven Übergriffe vom 19. Januar lückenlos zu dokumentieren und die Verantwortlichkeiten vollumfänglich aufzuklären. Was in dieser Hinsicht bisher ohne behördliche Unterstützung geleistet worden ist, wird durch die uneinsichtige Haltung des Gemeinderats noch lange nicht erledigt. Über diese notwendigerweise akribische Aufarbeitung hinaus müssen wir einige grundsätzliche Aspekte betonen, die sich in den gemeinderätlichen Reaktionen auf den 19. Januar deutlich manifestieren.

1. Der Triumphalismus des Gemeinderats nach dem gigantischen Polizeieinsatz vom 19. Januar ist schlicht abstossend: Hier geht politischer Opportunismus locker über grundrechtliche Bedenken hinweg – und dies in bemerkenswerter Weise über parteipolitische Grenzen hinaus. Hätte es noch einen weiteren Hinweis auf die Richtung gebraucht, die angesagt ist: Wir wären bestens bedient. Denken wir die Sache also positiv: Auf bequemes Rausreden und die beliebten Schwarzpeterspiele von Seiten des Gemeinderats wird man wohl nicht mehr so schnell hereinfliegen können.

2. Der Manövercharakter des Polizeieinsatzes vom 19. Januar im Hinblick auf die EURO 08 wird mittlerweile von niemandem mehr in Abrede gestellt. Das macht die ganze Sache jedoch noch lange nicht tolerierbar. Im Gegenteil: Die Art und Weise, wie politisch und polizeilich Verantwortliche den repressiven Pingpong zwischen Sportanlässen und Politik, zwischen konjunkturrell motivierten Ausnahmegesetzen und generellem Verdacht gegenüber demokratischen Grundrechten zelebrieren, kann nur als zynisch bezeichnet werden.

3. Schliesslich wissen die politisch und polizeilich Verantwortlichen genau, dass die Besetzung einer Stadt viel verhindern kann: die Äusserung der freien Meinung, die legitime Manifestation politischen Protestes, die Teilnahme breiter Kreise, die sich und ihre Kinder weder dem Hagel der Gummigeschosse noch dem Reizgas und den Greiferkommandos aussetzen wollen. Eines kann ein buchstäblich überwältigendes Polizeikontingent jedoch nicht verhindern: Sachschaden. Im Gegenteil: Ein Polizeiaufmarsch wie am 19. Januar züchtet Ohnmachtsgefühle, provoziert Wut – und das ist nachvollziehbar. Die Verantwortlichen wissen genau, dass sie so mit dem Feuer spielen. Der taktische Schachzug, den Unterzeichner der Demonstrationsbewilligung sofort zu verhaften, kann nicht anders interpretiert werden: Da wurde ganz bewusst provoziert. Aber selbst hier lässt

sich eine hoffnungsvolle Moral von der Geschichte entdecken: Die intelligente politische Reaktion der Demonstrierenden vom 19. Januar wird den politisch und polizeilich Verantwortlichen wohl letztlich mehr zu denken geben als ein paar vor sich hin mottende Abfallcontainer.

Nach der Demonstration vom 26. Januar dann: verallgemeinertes Schulterklopfen – sogar für die Demonstrierenden fielen ein paar Brosamen ab. Dass allerdings im Umfeld einer bewilligten Demonstration zwei Dutzend präventive Festnahmen als verhältnismässig hingenommen werden müssen, ist für uns nicht zu akzeptieren. Die PdA Bern ist nicht bereit, den am 19. Januar exerzierten Ausnahmezustand hinzunehmen. In der Verteidigung demokratischer Grundrechte sind wir auch nicht bereit, auf parteipolitische Couleurs und Calculs Rücksicht zu nehmen.

Wer sich jedoch der am 19. Januar offenbarten obrigkeitlich-autoritären Politik widersetzt, wird sich finden – innerhalb und ausserhalb des Parlaments.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 21.2.08